Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,650.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 60 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 321. Mittwoch den 17. November 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Außer den in unserer Bekanntmachung vom 4. l. Mon. erwähnten Herren hat noch
der Kaufmann Herr **Heinrich Unruh**, Weststraße Nr. 17, in dankenswerther Weise zur Auflegung und Aushändigung der Stadtverordneten-Wahlliste sich bereit erklärt.

Leipzig, den 16. November 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hentschel.

Bekanntmachung.

Der Preis für den in der zweiten Gasanstalt der Stadt Leipzig erzeugten Koks beträgt loco Gasanstalt II.

für den Hektoliter Steinkohlen-Großkoks	1	₰
„ „ „ „ Kleinkoks	75	₰
„ „ „ Braunkohlenkoks	50	„
„ „ „ Steinkohlenkoks-Grus	25	„

Preis des Steinkohlen-Großkoks und vom Grus bei Abnahme größerer Posten nach Vereinbarung.

Die Marken zur Koks- und Grus-Entnahme sind gegen Baarzahlung, soweit die Vorräthe an Koks ꝛc. reichen, im Bureau der zweiten Gasanstalt zu erhalten.

Leipzig, am 13. November 1886.

Des Raths Deputation zu den
Ia 6310. **Gasanstalten.**

Bekanntmachung,
die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Vereinigte Freischule betr.

Diejenigen Eltern, welche um Aufnahme ihrer Ostern 1887 schulpflichtig werdenden Kinder in die Freischule nachzusuchen gesonnen sind, haben ihre Gesuche **von jetzt ab bis spätestens den 20. dieses Monats** auf dem Rathhause in der Schulexpedition, 2. Etage, Zimmer Nr. 8, Nachmittags von 2 bis 6 Uhr **persönlich** anzubringen und die ihnen vorzulegenden Fragen vollständig und der Wahrheit gemäß zu beantworten, auch gleichzeitig das Zeugniß über das Alter des anzumeldenden Kindes und den Impfschein vorzulegen.

Leipzig, am 6 November 1886.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.
Dr. Panitz. Lehnert.

Die **Anmeldung pp. der Ziehkinder** hat wegen des Bußtages bereits
Donnerstag, den 18. November a. c.,
von Nachmittags ½5 bis 6 Uhr
Stadthaus, Obstmarkt Nr. 3, 1. Etage, Zimmer 87
zu erfolgen.

Leipzig, am 16. November 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Welt. Wendt.

Ausschreibung.

Für den Neubau des Siechenhauses hierselbst werden
1) die Asphaltarbeiten,
2) „ Dachdeckerarbeiten,
3) „ Klempnerarbeiten,
4) „ Schmiedearbeiten,
5) „ Walzeisenlieferung (Träger und Anker ꝛc.)

hierdurch ausgeschrieben.

Arbeitsverzeichnisse und Bedingungen können auf unserm Bauamt (Rathhaus 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5) entnommen werden.

Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
Neubau Siechenhaus „Asphaltarbeiten" ꝛc.
bis zum 24. November cr. Nachmittags 5 Uhr daselbst einzureichen.

Wir behalten uns die Auswahl unter den Anbietenden, bez. auch die Theilung der Arbeiten sowie Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 9. November 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia 6457. Dr. Georgi. Gringmuth, Aff.

Bekanntmachung.

Bei der hiesigen Ober-Postdirection lagern die nachbezeichneten **unbestellbaren Postsendungen: Einschreibebriefe.** Aus **Leipzig:** an Bernhard Harmening in Chicago v. 28. 1. 86, an Rechtsanwalt Zuckermann in Fürth v. 25. 5. 86, an Frl. Wally Benne in Hannover, Wörthstraße 46, I. v. 27. 5. 86, an Carl Braun, Förster bei v. Tukori in Rozenami, Post Bastaje (Galizien) v. 13. 4. 86, an Schneidermeister H. Hensf in Magdeburg, Bahnhofstraße 8, v. 12. 5. 86, an Voigt in Leipzig, Zeitzer Straße 20, I. v. 20. 5. 86, an Camillo Große in Striehen b. Dresden v. 6. 6. 86, an Frl. Anna Schubert in Karlsbad v. 30. 4. 86, an Joseph Alexandrowitsch v. Podgio in Pensa (Rußland) v. 24. 3. 86, an Max Haertel in Breslau, Blumenhandlung Stadttheater, v. 9. 4. 86, an Hamich in Leipzig, Arndtstr. 18, v. 26. 6. 86, an Cantor C. Rothe in Heyerswerda v. 28. 6. 86 an Sulze, Steinhauer in Riesa, v. 16. 6. 86; aus **Zwickau (Sachsen):** an Frl. Minona Engler in Sao Paulo (Brasilien) v. 17. 2. 86; aus **Chemnitz:** an Anna Benedig in Buffalo (America) v. 3. 5. 86. — **Briefe** mit **nicht angegebenem Werthinhalt.** Aus **Leipzig:** an Frl. W. Albrecht in Leipzig, Peterssteinweg 4, IV., v. 12. 6. 86, an Fabrikant Victor Meyer in Nonnenburg v. 10. 6. 86. **Postanweisungen.** Aus **Zwickau (Sachsen):** an Heinrich Walder in Wien, postlagernd v. 20. 1. 86 über 5 ℳ; aus **Limbach (Sachsen):** an die Lederindustrie-Berufsgenossenschaft in Berlin v. 28. 4. 86 über 7 ℳ 25 ₰; aus **Chemnitz:** an G. Lilienthal in Berlin z. H. Leipzig, Petersstr., v. 10. 5. 86 über 2 ℳ 30 ₰, an die Staatsanwaltschaft in Berlin v. 24. 4. 86 über 10 ℳ, an G. Leonhard, Reisender in Stade (Hilde) v. 17. 7. 86 über 15 ℳ; aus **Leipzig-Thonberg:** an Mariane Marschner in Schmecker bei Schmegerl v. 23. 6. 86 über 12 ℳ; aus **Leipzig:** an Alfred Kirchner in Mainz, Rentengasse 3, Herberge z. D. v. 14. 6. 86 über 20 ℳ, an Julius Salomon, Bankgeschäft in Hamburg, v. 14. 7. 86 über 16 ℳ 40 ₰.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Briefe und Postanweisungen werden hiermit aufgefordert, ihre bezüglichen Ansprüche binnen 4 Wochen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei einer Postanstalt des Ober-Postdirections-Bezirks Leipzig geltend zu machen. Haben sich innerhalb der vorgedachten Frist zur Rückforderung Berechtigte nicht gemeldet, so werden die Geldbeträge der Postunterstützungscasse überwiesen werden.

Leipzig, 13. November 1886.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Bekanntmachung.

Die unterm 5. October d. J. von uns ausgeschriebene Herstellung einer Barriere an der alten Elster ist vergeben und werden die nicht berücksichtigten Herren Bewerber ihrer Angebote entlassen.

Leipzig, am 6. November 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 4053. Dr. Georgi. Gringmuth, Aff.

Bekanntmachung.

Im Erdgeschoß des städtischen Museums neben dem Cartonsaale ist ein Kupferstichcabinet eingerichtet worden, dessen Sammlungen von Donnerstag, den 18. November an an jedem Donnerstage von 10 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags in Gemäßheit der im nachstehend abgedruckten Regulativ enthaltenen Bestimmungen zu unentgeltlicher Benutzung zugänglich sind.

In Betreff der Benutzung an anderen Tagen wird auf Punct 4 des Regulativs verwiesen.

Leipzig, am 12. November 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. **Hentschel.**

Regulativ.

1) Die Sammlungen sind dem Publikum jeden Donnerstag von 10 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags unentgeltlich geöffnet.
2) Mehr als 4 Personen haben zu denselben gleichzeitig nicht Zutritt.
3) Jeder Besucher hat vor der Benutzung der Sammlungen seinen Namen in ein bei dem Oberaufseher Herrn Borsig ausliegendes Buch einzuzeichnen.
4) An anderen Tagen, als den oben genannten, kann die Benutzung der Sammlungen nur auf besondere Erlaubniß des Museum-Directors stattfinden.

Generalversammlung
der Ortskrankencasse XV
für Buchgewerbe zu Leipzig und Umgegend
Donnerstag, den 25. November 1886, Abends 8 Uhr.
Bureau des Verbandes Weststraße Nr. 32, I., Zimmer 5.

Tagesordnung:

I. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
II. Vorlegung des Statuts der zukünftigen gemeinsamen Ortskrankencasse in Gemäßheit des auf Verschmelzung mit den übrigen Ortskrankencassen gerichteten Generalversammlungsbeschlusses vom 20. März dieses Jahres.

Theilnehmer an der Versammlung sind die Herren Vertreter der Mitglieder und der Arbeitgeber.

Leipzig, den 15. November 1886.

Albert Brockhaus,
Vorsteher. Kch.

Nichtamtlicher Theil.

Die veränderte Stellung der Mächte.

Rußland hatte bisher den Kundgebungen Oesterreich-Ungarns und Englands gegenüber eine gewisse Zurückhaltung beobachtet, und diese fand auch in der amtlichen und nichtamtlichen Presse ihren Ausdruck. Weder die Antwort Lytton's auf die an ihn gerichteten Anfragen der ungarischen Abgeordneten, noch die darauf folgende Rede Churchill's in Dartford wurden von der russischen Presse besonderer Beachtung gewürdigt, und auch die Thronrede des Kaisers Franz Joseph vom 6. November wurde noch friedlich gedeutet. Dagegen hat die Rede Kalnoky's vom 13. November in St. Petersburg sichtlich verstimmt und auch zu einer nochmaligen genaueren Prüfung der Rede Salisbury's beim Lordmayorsbanket geführt mit einem auch für die Beurtheilung dieser ungünstigen Ergebniß. Was in St. Petersburg hauptsächlich so unangenehm berührt hat, ist die offenbare Uebereinstimmung in der Verurtheilung der Handlungsweise des Generals Kaulbars, welche bei den Regierungen Oesterreich-Ungarns und Englands besteht. Rußland erkennt mit wachsendem Erstaunen, daß eine Coalition in Europa gegen seine bulgarische Politik in der Bildung begriffen ist, welche auch von Seiten Italiens sich möglicherweise bis zu Thaten steigern könnte, während Deutschland das unverkennbare Bestreben zeigt, die Aufrechthaltung der Bestimmungen des Berliner Vertrages bezüglich Bulgariens zu unterstützen.

Die Aeußerungen des „Journals de St. Pétersbourg" über die Reden Salisbury's und Kalnoky's sind ernst. Das Journal fühlt sich außer Stande, Lord Salisbury auf dem Boden zu folgen, auf den er sich gestellt hat, weil es dadurch die Selbstachtung verletzen würde, und dem Grafen Kalnoky hält das amtliche Blatt entgegen, daß jede Regierung Richter über ihre eigenen Interessen sei, und daß zwei benachbarte Reiche, die mit einander in gutem Einvernehmen bleiben wollen, sich eine freundschaftliche und billige Würdigung ihrer beiderseitigen Interessen schulden. Rußland lehnt demgemäß die Kritik, welche das Verfahren des Generals Kaulbars durch den Grafen Kalnoky gefunden hat, als unfreundschaftlich und unbillig ab und deutet damit an, daß es nicht daran denkt, darin eine Aenderung eintreten zu lassen. Wenn aber die äußerst vorsichtige und maßvolle Ausdrucksweise des Grafen Kalnoky schon in St. Petersburg so stark verletzt hat, was wird man dort erst zu den Erklärungen des Grafen Andrassy sagen, welcher im Gegensatz zum Grafen Kalnoky verlangt hat, daß Rußland aufhört, die Bulgaren zum Widerstande zu reizen, und ihnen die Rücksicht zu Theil werden läßt, welche die völkerrechtlichen Satzungen und der Berliner Vertrag erheischen?

General Kaulbars ist weit entfernt davon, sein herausforderndes Betragen gegen die bulgarische Regierung zu ändern, er nimmt sich vielmehr täglich größere Rechte heraus. So verlangt er beispielsweise die Absetzung des Militaircommandanten von Philippopel und militairische Ehrenbezeigungen für die russische Fahne. Als Frist für die Beantwortung dieser Forderungen hat er den 17. November gesetzt. Daß die Antwort der Regierung nicht zustimmend lauten kann, ist selbstverständlich, also scheint jetzt der Zeitpunct nahe zu sein für die Ausführung der angedrohten Abreise des Generals Kaulbars mit allen russischen Consuln, da ja wieder ein neuer Fall von Beleidigung eines russischen Unterthanen vorliegt, für welchen die verlangte Sühne verweigert wird. Rußland steht vor der Entscheidung, ob es die Dinge zum Bruche treiben oder einlenken soll. Da es aber dazu keine Anhalten trifft, so bleibt nur die Annahme übrig, daß es zum Aeußersten entschlossen ist. Eine geringe Hoffnung läßt das „Journal de St. Pétersbourg" noch übrig, daß eine Verständigung über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten auf diplomatischem Wege eintreten könne, da es sich weitere Bemerkungen über die Rede Kalnoky's versagt, um die Situation nicht zu verbittern. Es liegt also jetzt der Fall vor, von welchem die „Nordd. Allg. Ztg." schon gleich nach dem Staatsstreich vom 21. August gesagt hatte, daß er eintreten würde, wenn man die Handlungsweise Rußlands in Bulgarien abfällig kritisire. Rußland ist trotz seiner die Geduld auf die höchste Probe stellenden bulgarischen Politik so empfindlich, daß es den leisesten Tadel als eine Beleidigung betrachtet, die in der schroffsten Form zurückgewiesen werden müsse. Ein Ton, wie ihn das „Journal de St. Pétersbourg" angeschlagen hat, ist der Milderung kaum fähig, jede weitere Erörterung der vorhandenen Meinungsverschiedenheit kann nur dazu dienen, das gegenseitige Verhältniß zu verbittern, zumal die Regierung Oesterreich-Ungarns nicht in der Lage ist, irgend etwas abzuschwächen, was Graf Kalnoky gesagt hat. Auf die Rede des österreichisch-ungarischen Reichsministers giebt es auf Seite Rußlands nur eine befriedigende Antwort, und die ist die Abberufung des Generals Kaulbars und Ersatz desselben durch einen Diplomaten, welcher die berechtigten Wünsche der Bulgaren berücksichtigt. Das Verbleiben des Generals Kaulbars auf seinem Posten, das Beharren auf der von ihm eingeschlagenen Bahn kann nicht zur Versöhnung, sondern nur zur Verschärfung der bestehenden Gegensätze führen. Eine Politik, welche als Ziel verfolgt, eine tüchtige, nach Unabhängigkeit strebende Bevölkerung zur Verzweiflung zu treiben, kann kein gutes Ende nehmen.

Die „Morning Post" und die „Times" haben die Wirkung der Rede Kalnoky's nicht richtig beurtheilt. Wenn es nur das Einverständniß der vier Mächte Oesterreich-Ungarn, England, Italien und Deutschland über Aufrechthaltung des Berliner Friedensvertrages bedürfte, um Rußland zur Umkehr von dem falschen Wege zu nöthigen, den es betreten hat, dann hätte die Antwort des „Journal de St. Pétersbourg" ganz anders lauten müssen. Das Regierungsorgan würde geschwiegen und General Kaulbars würde aufgehört haben, die Geduld der Mächte auf fernere Proben zu stellen. Statt dessen erwartet Rußland, daß Oesterreich-Ungarn und England ihre durch Graf Kalnoky und Lord Salisbury kundgethane Meinung zu Gunsten Rußlands ändern und seine bulgarische Politik als berechtigt anerkennen werden. Die „Times" geht noch weiter als die „Morning Post" und wiegt sich in dem Irrthum, daß die öffentliche Meinung noch immer stark genug sei, um den aggressiven Ehrgeiz einer Macht zu zügeln. Bulgarien werde wieder Muth schöpfen, und die russische Regierung werde ihr Versprechen, sich in die inneren Angelegenheiten Bulgariens nicht einzumischen, einlösen.

Nun, die Antwort Rußlands auf die Mittheilung des Grafen Kalnoky über das Einverständniß der vier Mächte liegt vor und sie ist so wenig Vertrauen erweckend, daß Europa auf weitere russische Gewaltacte in Bulgarien gefaßt sein kann. Es fällt aber noch ein Hauptmoment ins Gewicht, und das ist die Nichtbetheiligung Frankreichs an gemeinsamen Schritten der Vertragsmächte zu Gunsten Bulgariens. Der lange Zeit offen gebliebene französische Botschafterposten in St. Petersburg ist wieder besetzt, und der neu ernannte Botschafter Frankreichs am russischen Kaiserhofe, Laboulaye, hat sich am 15. November auf seinen Posten begeben. Die französische Regierung ist sich sehr wohl des Unrechts bewußt, welches Rußland in Bulgarien begeht, aber sie wird durch höhere politische Rücksichten bewogen, ihren Gedanken und Empfindungen Schweigen zu gebieten, die russische Allianz bietet ihr die einzige Möglichkeit, sich den Revanchekrieg gegen Deutschland offen zu halten. Daran krankt die Gesammtlage in Europa. Bestände volles Einvernehmen zwischen den Unterzeichnern des Berliner Vertrages darüber, daß Rußlands Vorgehen gegen Bulgarien vertragswidrig ist und gegen das Völkerrecht verstößt, und schlösse sich auch Frankreich nicht von einer dahin lautenden Gesammtvorstellung aus, dann könnte Rußland nicht auf seinem unhaltbaren Standpuncte beharren; da aber Frankreich sich augenscheinlich von den übrigen Vertragsmächten fernhält, um Rußlands Kreise nicht zu stören, so hat diese Macht noch einen Rückhalt, um in ihrem unberechtigten Widerstande zu verharren. Frankreich ist verantwortlich für die Folgen der gegenwärtigen Krisis.

Leipzig, 17. November 1886.

* Der Reichskanzler ist bereits wieder von Berlin abgereist und gedenkt bis gegen Weihnachten in Friedrichsruh zu bleiben. Der erste Abschnitt der Reichstagssession wird sich also in Abwesenheit des Reichskanzlers abspielen. Die Abreise des leitenden Staatsmannes bestätigt die Annahme, daß die eigentlich entscheidenden Vorlagen der Session erst nach Neujahr im Reichstag eingegeben werden. Auch der in der Presse angeregte Plan, eine Besprechung der auswärtigen Politik im Reichstag herbeizuführen, dürfte mit der Abreise des Fürsten Bismarck hinfällig werden.

* Die Fractionen des Reichstages treten in die bevorstehende Session mit folgendem Bestande: Deutschconservative 74, Deutsche Reichspartei 27, Centrum 106 (gegen 107; in Folge der Mandatsniederlegung des Freiherrn Dr. v. Papius, 1. Unterfranken), Polen 15, Nationalliberale 51 (gegen 50; im Wahlkreise 3. Marienwerder wurde Hobrecht für den im Frühjahr verstorbenen Polen v. Lyskowski gewählt), Deutschfreisinnige 65, Volkspartei 6 (gegen 7, Kopfer legte sein Mandat nieder im 11. Großh. Baden), Socialdemokraten 25, bei keiner Fraction 25 (gegen 24 in der vorigen Session; Johannsen ist für den verstorbenen Dänen Junggreen dazugekommen). Drei Mandate sind gegenwärtig noch erledigt: 1) Berlin durch den Tod L. Löwe's und die bereits erwähnten 1. Unterfranken und 11. Baden.

* Die „Kölnische Zeitg." schreibt zur kirchenpolitischen Lage: „Die deutschen Bischöfe in vinculis der Centrumsblättchen — das ist das Schauspiel, welches wir jetzt zum zweiten Mal in der Verstimmungsära erleben. Wie der Bischof von Paderborn wegen seines Studienerlasses von der ultramontanen Presse runtergemacht wurde, so ist jetzt Bischof Kopp vor den Richterstuhl der „Germania" gerufen worden und hat erklären müssen, daß er sich beim Trupp halten wolle. Die „Germania" hat keine Silbe des Bedauerns darüber, daß gegen den Bischof von Fulda Lüge und Verleumdung ausgegossen wurde, kein Bischof hat Lust oder Muth, die frechen Verleumder der bischöflichen Ehre gebührend zurechtzuweisen, und die „Germania", als Verleumderin auf frischer That überführt, erklärt einfach, der Bischof sei erfreulicherweise zu Kreuz gekrochen. Sie prahlt in übertriebenster und sachlich keineswegs gerechtfertigter Weise mit der Einigkeit zwischen dem katholischen Volk und den katholischen Bischöfen und schließt dann ihre Betrachtungen über die Fuldaer Angelegenheit mit den unverschämten Worten: „Zweimal nur hat eine Irrung stattgefunden, sie betraf aber immer nur die Thatsache oder die Befürchtung, ein einzelner Bischof habe in einer Frage sich isolirt von Papst und Bischöfen. Und jedesmal nahm die Irrung — ein rasches Ende!" So wird also der Bischof Kopp, der schändlich verleumdet worden war, zum Schluß als der reuige Sünder hingestellt, dessen Bekehrung ein Verdienst der ultramontanen Presse sei. Was ist aus dem Ansehen der katholischen Bischöfe geworden!" — Zu der von gewisser Seite beliebten Hetze gegen den Bischof von Fulda schreibt noch die „Nationalliberale Correspondenz":

Die Hetze gegen den Bischof von Fulda ist sicherlich eins der interessantesten Symptome unserer gegenwärtigen innern Lage. Die Erbitterung der Centrumspolitiker auf Herrn Kopp ist nicht neu; aber daß sie gegenwärtig so unverhüllt an den Tag tritt, muß doch seinen ganz besonderen Grund haben. Der höchst charakteristische Meinungsaustausch, welcher vor einigen Tagen zwischen der „Kölnischen Volkszeitung" und der „Niederrheinischen Volkszeitung" stattgefunden hat, ließ deutlich genug erkennen, daß der in dem letzteren Blatte erschienene heftigste Angriff auf den Bischof nicht das Privatvergnügen eines beliebigen Correspondenten, sondern der wohlüberlegte Vorstoß einer Partei war. Welcher, das ist nicht schwer zu errathen. Nach der „Niederrheinischen Volkszeitung" sollen die gegenwärtig zwischen der preußischen Regierung und dem Vatican schwebenden Verhandlungen über Revision der Maigesetze sich vorzugsweise auf die Rückkehr der Orden beziehen. Die Regierung soll zur Wiederzulassung der Franciscaner und der Ursulinerinnen unter gewissen Cautelen bereit sein und der Bischof von Fulda soll für die Annahme dieses Zugeständnisses in Rom gewirkt haben. Das wird ihm als Verbrechen angerechnet. Herr Kopp bestreitet nun rundweg die Wahrheit dessen, was der Correspondent des niederrheinischen Blattes „auf Grund zuverlässigster Information" mittheilen zu können behauptet hatte. Er weiß absolut nichts von den Vorschlägen der Regierung, hat also auch nicht für dieselben in Rom wirken können. Zugleich aber kommt aus Rom die Nachricht von einem der Cardinalscongregation für die kirchenpolitischen Angelegenheiten unterbreiteten Entwurf zur Revision der preußischen Kirchengesetzgebung, in welchem die Aufhebung des Jesuitengesetzes nicht gefordert werde. Einerlei nun, inwieweit diese Nachricht correct ist — an diesem Puncte wird wohl der eigentliche Grund der ingrimmigen Bekämpfung des Herrn Kopp zu suchen sein. Man erinnert sich, wie heftig vor 2—3 Monaten von unserer ultramontanen Agitation die „Jesuitenfrage" aufgeworfen ward. Niemand konnte bezweifeln, daß dadurch auf den Vatican ein Druck ausgeübt werden sollte, die Forderung der Aufhebung des Jesuitengesetzes in den demnächstigen Verhandlungen mit Preußen zu fallen. Liegt nun die Annahme nicht sehr nahe, daß der Bischof von Fulda, vom Papste über diese Angelegenheit befragt, von einer solchen Forderung abgerathen hat? Und damit wäre dann freilich das Räthsel gelöst. Es ist der offene Krieg der Jesuiten gegen die ehrlichen Friedensbestrebungen, der nun beginnt. Darüber sind wir stets unserer Zweifel gewesen, daß die Wiederzulassung des Jesuitenordens in Deutschland nicht nur von der Regierung nicht zugestanden, sondern auch von dem gegenwärtigen Papste nicht verlangt werden wird; denn sie verlangen, hieße jede weitere erfolgreiche Friedensverhandlung unmöglich machen. Das Interessante an den Vorgängen der jüngsten Zeit ist aber die Wahrnehmung, daß die Jesuiten allem Anscheine nach sich mit dieser Art Friedenspolitik nicht länger zufrieden geben wollen. Dieser Gegenzug wird wohl auch auf die Centrumspartei nicht ohne Einfluß bleiben.

* Der deutschconservative Reichstagsabgeordnete für Osterode-Neidenburg, Rittergutsbesitzer Rose, ist gestorben. Der Wahlkreis war seit 1878 conservativ bezw. freiconservativ vertreten. Bei den letzten Wahlen wurden 10,587 conservative gegen 2386 deutschfreisinnige Stimmen abgegeben, 1881 dagegen nur 6192 conservative gegen 5867 fortschrittliche. Bei den Wahlen von 1874 und 1877 errang die Fortschrittspartei sogar das Mandat.

* Bei der Landtagsersatzwahl im Landtagswahlbezirk Pr. Eylau-Heiligenbeil wegen Beförderung des bisherigen Abgeordneten Landrath Dr. Formet zum Regierungsrath wurde derselbe mit 234 Stimmen wiedergewählt. Ein Gegencandidat war nicht aufgestellt.

* * *

* Die Repetirgewehrfrage scheint in Oesterreich noch nicht unbedingt entschieden zu sein. Die Denkschrift des Kriegsministeriums spricht sich zwar für das Mannlicher-Gewehr mit sixem Mittelschaftsmagazin und von oben einzulegenden Patronenbüchsen für je fünf Patronen bei Anwendung eines Gradzug-Kolbenverschlusses aus, bemerkt jedoch am Schluß, daß die Erprobungen des vom kaiserlichen Rath Dr. Jurnitschek von Wehrstadt vorgelegten Gewehrmodells „noch nicht abgeschlossen" sind. Es wird dem Correspondenten der „Kölnischen Zeitung" aus militairischen Kreisen mitgetheilt, daß in der That weitere Erprobungen des Jurnitschek-Gewehres stattfanden, welche für dasselbe günstig ausfielen und in einigen Puncten dessen Ueberlegenheit darthaten. Uebrigens wird auch erzählt, daß die Waffenfabriks-Gesellschaft in Steyr bereits auf gut Glück eine Anzahl Mannlicher-Gewehre — man spricht von 10,000 Stück — vollendet habe, und es dürfte sich vermuthlich zunächst nur darum handeln können, die etwaigen Vorzüge des Systems Jurnitschek für das Mannlicher-Gewehr so weit als möglich nutzbar zu machen.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt zur Lage:

„Die Reihe gewichtiger Kundgebungen zur Orientlage hat am Sonnabend angekündigtermaßen ihre Vervollständigung durch das vom österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen Grafen Kalnoky in der ungarischen Delegation gegebene Exposé erhalten. Graf Kalnoky beurtheilt das auf der Balkanhalbinsel geschaffene Problem unter zweierlei Gesichtspuncten: des europäischen Vertragsrechts und der österreichisch-ungarischen Interessenfrage, und gelangt im Verfolg beider Gedankenverbindungen zu Ergebnissen, welche von seiner Zuhörerschaft, wie nicht minder von der Presse beider Reichshälften mit hoher Befriedigung entgegengenommen wurden. Das Gleiche läßt sich auf Grund der heute vorliegenden Londoner Nachrichten auch von den dortigen Organen der öffentlichen Meinung sagen; es darf demnach als erfreuliche Thatsache registrirt werden, daß die Auseinandersetzungen des leitenden Staatsmannes der habsburgischen Monarchie mancherlei Befürchtungen zerstreut, irrige Anschauungen corrigirt und insofern der Sache des Friedens einen Dienst erwiesen haben, dessen wohlthätige Wirkungen nicht gering veranschlagt werden sollen, wenngleich in informirten Kreisen das Vertrauen in die Zukunft sich auch obnehin von den verwirrenden Tagesströmungen immer noch glücklich frei zu erhalten verstanden hat.

Das Wiener „Fremdenblatt" schließt seine Besprechung des Kalnoky'schen Exposés, wie folgt:

„Man kann mit Genugthuung die vom Grafen Kalnoky abgegebene Erklärung begrüßen, welche die Ungarn gegen die